



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No 1
10. Jahrgang

12. Januar 1942

Eine Mutter (ITF) Um etwas warme Kleidung und einen Wohnraum fuer sich und ihre Kinder zu erhalten, hatte die aus dem polnischen Doerfchen Nazielsk stammende Frau Mlawa dem deutschen Roten Kreuz erzaehlt, sie sei eine "Volksdeutsche". Als sich dann herausstellte, dass sie eine polnische Juedin war, wurde sie als Verbrecherin vor Gericht geschleppt und von Nazi-Richtern in Koenigsberg zum Tode verurteilt!

(Fuer die Red.: Die Bromberger "Deutsche Rundschau" veroeffentlichte diesen Bericht am 30.XI.41.)

Nazi-Sklaven werden zusammengetrieben (ITF) Aus der "Koelnischen Zeitung": "Auf Weisung des (deutschen) Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft wird in Serbien die Moeglichkeit geschaffen, alle diejenigen, die nicht in einem geregelten Beschaeftigungsverhaeltnis stehen, zu Dienstleistungen heranzuziehen... Diese Massnahme wird dazu beitragen, die serbische Arbeitsreserve der deutschen Wirtschaft zur Verfuegung zu stellen".

"Die aertzliche Untersuchung (der fuer Deutschland Zwangsrekrutierten) erfolgt durch serbische Amtsaezte, die auf die deutschen Richtlinien verpflichtet wurden. Das Zusammenstellen und Verladen (!) der Transporte ist Aufgabe serbischer Beamter. Erst auf der letzten Station besteigt das deutsche Begleitkommando die Sonderzuege".

(Fuer die Red.: "Koelnische Zeitung", 9.XII.41.)

Arbeitsmaschinen der Arbeitsfront (ITF) In Polen werden in 29 "Bau-Uebungslagern" je 40 bis 50 Polen zu Hilfsmaurern und Hilfszimmerern ausgebildet. "Die Umschulung wird nach voellig neuen Gesichtspunkten betrieben... Bemerkenswert ist die exerziermaessige Form der Umschulung. Die Arbeitsvorgaenge werden in Einzelphasen zerlegt und jede dieser Phasen wird, wie beim Soldaten die Griffuebung oder das Marschtempo, durchgeuebt. Auf Kommando muessen die Maenner z.B. Kellen schwingen, Ziegelsteine in die Luft werfen usw." Die Unternehmer koennen "nicht genug Arbeitskraefte aus den Lagern bekommen", schreiben die "Muenchener Neuesten Nachrichten" (am 19. November 1941).

Ein bewaehrter Sklavenvogt (ITF) Die von deutschen Truppen besetzten russischen Gebiete werden jetzt von 8 Generalkommissaren verwaltet. Einer dieser Kommissare ist der Organisationsleiter der Arbeitsfront Klaus Selzner, der zuletzt von sich reden machte, als er in Madrid einen Vertrag ueber die Lieferung von 100.000 Spaniern abschloss.

Zwangsarbeitslager in Polen (ITF) Der Warschauer Bezirkshauptmann hat in Trebinka, Kreis Sokolow, ein Zwangsarbeitslager eingerichtet. In dieses Lager koennen alle Arbeiter gesperrt werden, die sich Anordnungen deutscher Beamter nicht fuegen, ihren Arbeitsplatz ohne Erlaubnis verliessen, es ablehnten, einen ihnen vom Arbeitsamt in Deutschland oder im Generalgouvernement zugewiesenen Arbeitsplatz anzunehmen oder nachlaessig arbeiteten. Um die Lagerinsassen zu diffamieren, werden auch polnische Schmuggler und Schleichhaendler in das Zwangsarbeitslager gesteckt.

(Fuer die Red.: Belgische Zwangsarbeitslager siehe "Faschismus", 15.XII.41.; in Deutschland sind derartige Lager seit 1937 ueblich.)

Kriegsgefangene ausgepeitscht (ITF) In einem der russischen Kriegsgefangenenlager in Nordnorwegen erhielten die Gefangenen in der ersten Zeit fast nichts zu essen. Morgens bekamen sie ein Stueck Brot, mittags einen halben Hering und drei Kartoffeln und abends wieder ein Stueck Brot. Sie durften sich weder waschen noch rasieren. Nach 14 Tagen kamen dann die Pressephotographen!

Ein Teil der Russen ist bei den Befestigungsanlagen in Agdenes bei Trondheim ein-

gesetzt wurden. Norwegische Augenzeugen haben berichtet, wie die Russen misshandelt wurden. Wiederholt kam es vor, dass sie mit Peitschen geschlagen wurden.

Ihre Ehre (ITF) Das Mannheimer "Hakenkreuzbanner" berichtet bedauernd: es gibt noch Deutsche, fuer die es eine Ehrensache ist, ihre Sympathie mit den Juden zu zeigen. - Eine Frau, die einem russischen Kriegsgefangenen einen Apfel zuwarf, wurde von Nazi-Richtern in Koenigsberg zu 6 Monaten Gefaengnis verurteilt.

(Fuer die Red.: "Hakenkreuzbanner", 14.XII.; "Koenigsberger Allgemeine Zeitung", 13. XII.41.)

Norwegische Werftarbeiter
arbeiten langsam und gut

(ITF) Auf der Werft Nylands Mek. Verksted werden weiter Wal faenger gebaut, jetzt fuer die deutschen Herren. 5 Boote sind seit der Invasion fertiggestellt worden, aber nach kurzer Zeit kamen sie alle zur Reparatur zurueck.

Als das 3. Boot genau so ueberraschend schnell reparaturbeduerftig wurde wie die beiden ersten, kamen deutsche Ingenieure zur Ueberwachung auf die Werft. Aber sie konnten keine Spur von Sabotage entdecken. Die norwegischen Arbeiter arbeiteten so sorgfaeltig, dass sie fuer ein Boot, das sie vor der Invasion in 2 $\frac{1}{2}$ Monaten fertigstellten, 5 Monate brauchten.

Streik ums Brot

(ITF) Ein bulgarisches Militaergericht hat (Anfang Dezember 1941) 3 Frauen zu je 3 Jahren Gefaengnis verurteilt, weil sie Arbeiter aufgefordert hatten, zu streiken, bis die Brotration erhoehrt wuerde.

In Elsfjord an der Nordlandsbahn haben norwegische Arbeiter waehrend der letzten Monate wiederholt die Arbeit niedergelegt, um bessere Lebensmittelversorgung zu erzwingen. Jedesmal wurden Plakate angeschlagen, in denen gedroht wurde, dass die ganze Belegschaft in deutsche Heeresbetriebe ueberfuehrt wuerde, falls die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen wuerde. Das machte keinen Eindruck, da die Norweger nur zu gut wussten, wie wichtig diese Eisenbahnlinie fuer die Deutschen ist. In keinem Fall haben sie die Arbeit wieder aufgenommen, bevor Lebensmittel zur Stelle waren.

Taeglich 12 $\frac{1}{2}$ Stunden Zwangsarbeit

(ITF) Auf verschiedenen deutschen Baustellen in Nordnorwegen ist die 87-Stundenwoche eingefuehrt worden, 7 Schichten à 12 $\frac{1}{2}$ Stunden. Wenn norwegische Arbeiter Kritik ueben, droht man ihnen damit, dass sie als Strafarbeiter auf die finnische Seite abgeschoben werden koennen.

Kinder hungern

(ITF) Belgische Kinder koennen noch nicht fuer Hitlers Kriegsmaschine gebraucht werden. Die deutsche Militaerverwaltung laesst sie daher kaltbluetig hungern: "Manche Eltern schicken ihre Kinder zum Betteln", schreibt die Bruesseler Zeitung "Nouveau Journal". "Die Kinder gehen zu Militaerkantinen und Kasernen, Bahnhoeften, Baeckerlaeden... Die unzureichende Brotration macht die Kinder heiss hungrig. Andere Kinder gehen weiter ins Land, zu den Bauern. Bettelnden Kindern wird selten ein Stueck Brot abgeschlagen..."

"Die Kinder sollen jeden Tag zur Schule gehen, aber die Lehrerin kann erzaehlen, dass sie frueher 50 Schueler in ihrer Klasse hatte, jetzt hat sie kaum 20. Wenn man sie fragt weshalb, wird die Achsel zucken, aber eigentlich muesste sie sagen, dass ein Teil der Kinder unterernaehrt ist, dass andere nichts anzuziehen haben und andere wieder keine Schuhe."

Arbeiterkinder leiden unter diesen Verhaeltnissen am meisten. Untersuchungen in einer Grosstadt des unbesetzten Teils Frankreichs ergaben, dass 90% der Volksschueler und 50% der Mittelschueler an Gewicht verloren hatten, aber nur 5% der Schueler der hoeheren Schulen (berichtet "L'Effort").

(Fuer die Red.: "Nouveau Journal", 9.XI., "L'Effort", 20.XII.41.)

Arbeiternot in Belgien

(ITF) Das Bruesseler Blatt "Nouveau Journal" berichtet: ein ungelernter Arbeiter erhaelt pro Tag etwa 40 Franken, Buerorangeestellte erhalten in der Regel nicht mehr als 1000 frs pro Monat und staedtische Angestellte etwa 1300 frs. Frauen unserer Kriegsgefangenen mit 2 Kindern erhalten nicht mehr als 1000 frs pro Monat. Ein pensionierter Bergarbeiter erhaelt 6960 frs pro Jahr. Aber eine 3koeppige Familie braucht fuer Essen, notduerftige Kleidung, Miete und Licht mindestens 1400 frs pro Monat...

(Fuer die Red.: "Nouveau Journal", 13.XI.41.)

Unterernaehrte Bergarbeiter
schlafen im Puett ein

(ITF) Die Bruesseler Zeitung "Nouveau Journal" empfiehlt, eine Reihe Misstaende im belgischen Bergbau abzustellen, wenn man wirklich dem Bergbau Nachwuchs sichern wolle.

Der belgische Bergarbeiter fuehle sich durch das Kuendigungsverbot an die Grube gefesselt; seit Erlass dieses Verbots waere das Verhaeltnis zwischen Bergarbeiter und Aufsichtspersonal noch gespannter. Es wuerden noch immer Geldstrafen bis zu einem Fuenftel des verdienten Lohnes verhaengt, oft als Druckmittel. Die Folge der jetzt ueblichen Antreiberei in den Gruben sei Uebermuedung und allgemeine Nervositaeet. Unter Berufung auf die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung wuerden Arbeiter von wichtigen Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten fortgenommen, die Grubensicherheit leidet entsprechend und die Ungluecksfaelle haben um 50% zugenommen. Das Ansteigen der Unfaelle sei

zweifellos auch zum Teil auf die Unterernaehrung der Bergarbeiter zurueckzufuehren. Die Bergarbeiter erhielten zwar doppelte Fleisch- und Brotration, aber das reichte nicht. Die Bergarbeiter muessten im Schleichhandel zukaufen. Sonntags gehen sie aufs Land, um irgendwo bei einem Bauern ein paar Kartoffeln zu ergattern; fuer 1 kg Mehl muessen sie hintenherum 35 frs zahlen - den neunfachen Friedenspreis. Bei derartigen Preisen sei die bisher bewilligte 8%ige Teuerungszulage voellig unzureichend. Die meisten Bergarbeiter koennten sich nicht sattessen und es sei bezeichnend, dass der Hauptgrund fuer Verhaengung von Geldstrafen heute sei: "bei der Arbeit eingeschlafen". Die Bergarbeiter befaenden sich in einem Zustand dumpfer Verzweiflung.

(Fuer die Red.: "Nouveau Journal", 25.- 30.XI., 3.XII.41. Vgl. "Faschismus", 24.XI.41.)

Hunger in Norwegen

(ITF) Drei Anzeigen aus der Osloer Zeitung "Aftenposten":

Ein Satz Schachfiguren, schoen beingeschnitzt, zu verkaufen oder gegen Lebensmittel zu tauschen. -

Rucksack, Ski und Stoecke, erstklassige Wolldecke, Kompass, Herrensportmuetze, alles neu und ungebraucht, gegen Lebensmittel zu tauschen. -

Gebrauchter Teppich, 2 x 2,7 m, gegen Lebensmittel zu tauschen oder fuer 30 Kronen zu kaufen.

(Fuer die Red.: Dezember 1941,)

Aerzte duerfen

(ITF) Hitlers Reichskommissar in Oslo teilt mit, dass auffallend viele Arbeiter durch aerztliches Attest nachweisen, dass sie die ihnen vom Arbeitsamt zugeteilte Arbeit fuer die deutsche Armee nicht annehmen koennten. Kuenftig wuerden derartige

Arbeitern nicht helfen

Atteste ueberprueft. Wenn die Nachuntersuchung nicht ebenfalls Arbeitsunfaehigkeit ergaebe, wuerde der Arzt, der das erste Attest ausgestellt hat, als Saboteur bestraft. Auf Sabotage steht unter Umstaenden Todesstrafe.

(Fuer die Red.: "Tidskrift for Norges Legeforbund", Oslo - Norwegisches Aerzteblatt, 1.XI.41.)

Der Kampf um die

ungarischen Gewerkschaften

(ITF) Die ungarische Reaktion fordert die sofortige Aufloesung der Gewerkschaften. Die Regierung erklaert, sie habe der Reaktion diesen Wunsch bisher nicht erfuellen koennen, weil sie nicht in der Lage sei, das gewerkschaftliche Unterstuetzungswesen und vor allem die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu uebernehmen. Die Arbeit der Gewerkschaften wird aber nach Kraefften behindert. Als der sozialdemokratische Abgeordnete Lajos Kabok (am 21.XI.) im ungarischen Parlament fuer das Recht der Arbeiter auf freie Gewerkschaften eintrat, hagelte es Proteste von den Baenken der Regierungsparteien. - Die Reaktion versucht jetzt, eine gelbe "Nationale Arbeiterzentrale" als Konkurrenz zur Gewerkschaft aufzuziehen.

Stummer Protest

(ITF) Der Quisling-Kommissar einer grossen norwegischen Gewerkschaft lud die ehemaligen Mitglieder des Hauptvorstandes zu einer Sitzung

ein. Er drohte, dass Fortbleiben als Sabotage gaelte und entsprechend bestraft werden koenne. Die Geladenen kamen. Vor Beginn der Sitzung fragte ein alter Gewerkschafter den Kommissar, ob man weiter frei und ehrlich seine Meinung sagen koenne und ob der Vorstand wie frueher ueber die Angelenheiten des Verbandes Beschluss fassen koenne. Der Quisling antwortete, natuerlich koenne man seine Meinung sagen, nur muesse sich diese im Rahmen der "neuen Zeit" bewegen. Der Vorstand habe Vorschlags- und Beratungsrecht, die Entscheidung liege beim Kommissar.

Von keinem der Vorstandsmitglieder wurde waehrend der ganzen Sitzung zu einer einzigen Angelegenheit das Wort verlangt.

Aehnlich verhalten sich die Vorstandsmitglieder anderer Verbaende.

Das Arbeitsgesetz der franzoesischen Sozialreaktion

I

Kampf hinter den Kulissen

(ITF) Die Charte du Travail - das Arbeitsgrundgesetz der Vichy-Reaktion, ist am 1. Januar 1942 in Kraft getreten. Sie versucht nicht, wie Vichy-Minister den Arbeitern versprochen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung Frankreichs gemeinwirtschaftlich umzugestalten. Ueber den Umbau der franzoesischen Wirtschaft beraet noch immer eine Kommission des von Pétain berufenen Nationalrats. Pétain spielt dabei mit offenen Karten. Leiter dieser Kommission ist C.J. Gignoux, der langjaehrige Sekretaer des Arbeitgeberverbandes. Ihm zur Seite stehen 2 der Vertrauensleute der Unternehmer im Vichy-Kabinett, Lucien Romier und Henri Moysset. Kein einziger Arbeitervertreter sitzt in diesem Ausschuss, nicht einmal Pétains gefuegigen Belin haben die Unternehmer zugelassen.

Der Charte du Travail wurden andere Aufgaben gestellt. Mit den 80 Paragraphen der Charte soll das Uebergewicht der Unternehmer rechtlich gesichert werden.

Machtstellung der Unternehmer - Mit der Ausarbeitung der ersten Entwuerfe der Charte hatte das von Belin geleitete Arbeitsministerium Vichys unmittelbar nach der Zerschlagung der Landeszentralen der franzoesischen Gewerkschaftsverbaende begonnen. Mit Wirkung vom 9.XI.

1940 waren die gewerkschaftlichen Landeszentralen aufgelöst und die noch geduldeten gewerkschaftlichen Organisationen der Kontrolle der Unternehmer unterstellt worden; in der Woche darauf kündigte Belin die "Bildung einer Einheitsorganisation" an, "die die CGT-Gewerkschaften, die christlichen und die de la Roque-Gewerkschaften ersetzt". Die Gewerkschaften aller Richtungen protestierten leidenschaftlich gegen die drohende Entrechtung. x) Vichy kümmerte sich um die Proteste der Arbeiter nicht, die Gewerkschaftsfeinde setzten ihre Pläne durch.

An dem Tage, an dem die gewerkschaftlichen Landeszentralen aufgelöst wurden, waren zwar auch die Landeszentralen der Arbeitgeberverbände aufgelöst worden. Aber das gleiche Gesetz hatte den Unternehmern einen wahrlich vollwertigen Ersatz gegeben: die "Industriellen Organisationskomitees". Diese Komitees, in deren Händen jeweils die Kontrolle eines ganzen Wirtschaftszweigs gelegt wurde, sicherten den Trusts die Leitung der Wirtschafts Frankreichs. Alle "Industriellen Organisationskomitees" werden von Vertretern der Grossindustrie nach dem Führerprinzip geleitet. "Man hat (mit den Organisationskomitees) den Industriellen eine noch nie dagewesene Machtquelle übertragen, wie sie bisher nur der Staat besass", erklärte Belin ("Le Temps", 25.VIII.40). - Die Charta brachte keine Änderung. Im Gegenteil, sie legt ausdrücklich fest, dass alle wirtschaftliche Fragen nach wie vor nur von den "I.O." behandelt werden. Auch wenn sie Arbeiterinteressen berühren.

Die hinter Vichy stehenden Gruppen konnten sich jedoch nicht über die Art der Fesselung der Arbeiter einigen. 15 Monate wurde hinter den Kulissen erbittert gekämpft. 2-mal war der Text der Charta bereits abgeschlossen worden, das zweite Mal war der Text bereits von Pétain unterzeichnet und sogar schon im "Journal Officiel" gedruckt. Diese Ausgabe des "Journal Officiel" vom 19. Oktober musste zurückgezogen werden, eine Woche später wurde eine abgeänderte, vorläufig endgültige Fassung veröffentlicht.

II

Auflösung aller Gewerkschaften

Diese schliesslich veröffentlichte Kompromiss-Charte bringt ein kompliziertes System zahlreicher sich überschneidender Organisationen. Alle bestehenden Gewerkschaften sind mit Inkrafttreten der Charta aufgelöst. Es gibt nur noch in jedem Wirtschaftszweig, örtlich, regional und national, Einheitssyndikate, getrennt für Unternehmer, für Arbeiter, für Angestellte, für Werkmeister, für Ingenieure (und ev. für Handwerker). In der Übergangszeit ist den Gewerkschaften nur noch Beitragkassieren, Buchführung etc. ("reine Verwaltungstätigkeit") erlaubt. Die Einhaltung dieser Anordnung und die schliessliche Befehlsgemässe Auflösung der Gewerkschaften wird von einem, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten unterstellten, Ausschuss überwacht; stellvertretender Ministerpräsident ist Admiral Darlan, der Mann Hitlers im Vichy-Kabinett. Werden nach Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen der Charta Gewerkschaften im alten Sinne weitergeführt oder neugebildet oder fügen sich Syndikate und Sozialkomitees nicht den Anweisungen der neuen Kontrollinstanzen und der Behörden, so können die Organisationen aufgelöst und der Vorstand und alle Mitglieder auf $\frac{1}{2}$ bis zu 5 Jahren ins Gefängnis gesperrt und zu 500 - 10.000 frs Geldstrafe verurteilt werden.

Alle Arbeitenden müssen dem für sie zuständigen Syndikat angehören. Die Beiträge werden den Lohn- und Gehaltsempfängern vom Lohn abgezogen. Wer aus irgendeinem Grunde ausgeschlossen wird, verliert das Recht auf Teilnahme an den Veranstaltungen des Syndikats, aber muss weiter Beiträge zahlen und muss sich weiter den Beschlüssen der Leitung fügen.

Als Aufgaben dieser Syndikate bezeichnet die Charta die Erfassung der Mitglieder und ihre Repräsentation bei den "Sozialkomitees", Weitergabe und Ausführung der ihnen von den neuen "Sozialkomitees" zugehenden Anweisungen, das Studium einschlägiger Fragen und ev. das Ausarbeiten von Vorschlägen für die Sozialkomitees. Das ist alles. Selbst über für die Arbeiter wichtige Fragen darf kein Arbeitersyndikat direkt mit Behörden oder Unternehmerorganisationen verhandeln.

Um zu verhindern, dass die machtlosen Arbeitersyndikate sich eines Tages zu Interessen-Vertretungen gewerkschaftsähnlichen Charakters entwickeln, gibt die Charta den Ortsyndikaten nicht das Recht, Betriebsdelegierte zu ernennen oder uerberufliche Kontakte aufzunehmen. Die Syndikate sind nur Exekutivorgane der Behörden und der "Sozialkomitees" - wie Polizei und Steuer.

Die Tätigkeit der Ortssyndikate jedes Wirtschaftszweigs wird von 5, ebenfalls nach der sozialen Stellung getrennten "Regionalen Unionen" koordiniert; 5 gleich zusammengesetzte "Nationale Föderationen" sollen die Tätigkeit der ihnen entsprechendem "Regionalen Unionen" koordinieren. Die Regionalen Unionen und die Nationalen Föderationen erhalten ihre Anweisungen von den ihnen entsprechenden "Sozialkomitees", in denen die Unternehmer ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Die Vorstandsmitglieder aller Syndikate werden zunächst von den Vichy-Behörden ernannt; später sollen die regionalen und nationalen Syndikate sich aus den Reihen der gesiebten Vorstandsmitglieder der Ortssyndikate ihren Vorstand wählen dürfen. Die Regierung behält sich aber die Ernennung weiterer Vorstandsmitglieder vor, /Alle Vorstandssitzungen sind vertraulich - die Zwangsmitglieder dürfen nur erfahren, was die Behörden erlauben.

 / sogar Unternehmer in Arbeitersyndikate.

x) Wir haben in früheren Ausgaben eine Reihe dieser Proteste veröffentlicht.

"Vertrauensrat" nach Nazi-Muster - Die eigentlichen Traeger der von Vichy diktierten Arbeitsorganisation sind die "Sozialkomitees" (SK). In allen Betrieben mit mehr als 100 Beschaeftigten werden Vertreter der Belegschaft mit dem Unternehmer zwangsweise zu einem "Betrieblichen Sozialkomitee" (Comité social d'établissement) zusammengefasst, das weitgehend dem "Vertrauensrat" Nazi-Deutschlands entspricht. Die Vertreter der einzelnen Gruppen der Belegschaft koennen 1942 nur "im Einvernehmen mit dem Leiter des Unternehmers" ernannt und sie muessen vom oertlichen Sozialkomitee des Wirtschaftszweiges bestaetigt werden.

Die Charte legt, genau wie das Nazi-Arbeitsordnungsgesetz, fest, dass die sogenannten Belegschaftsvertreter dem Unternehmer nicht in die Betriebsleitung hineinreden, sondern ihn nur beraten duerfen.

Die Sozialkomitees - Die betrieblichen SK unterstehen "Oertlichen Sozialkomitees" des gleichen Wirtschaftszweiges, diese wiederum Regionalen SKs und diese schliesslich Nationalen SKs des gleichen Wirtschaftszweiges. Die oertlichen, regionalen und nationalen SKs sind Ausschuesse, die zu je 1/3 aus Vertretern der Unternehmer, Vertretern des leitenden Personals und Vertretern der Arbeiter und Bueruangestellten bestehen; Arbeiter und Angestellte sollen sich in das ihnen zugewiesene Drittel der Sitze ihrer Staerke entsprechend teilen. Das oertliche SK besteht aus 12-24 Mitgliedern der Leitungen der 5-6 Gruppen der oertlichen Syndikate des betreffenden Wirtschaftszweiges. Spaeter sollen die oertlichen SKs die Mitglieder des regionalen SK waehlen und die regionalen SKs die Mitglieder der nationalen SKs; die Vertreter der Unternehmer und der leitenden Angestellten koennen daher mit 2/3 Mehrheit die Arbeitervertreter im SK naechster Stufe bestimmen. Zunaechst werden alle Mitglieder der ueberbetrieblichen SKs von den Vichy-Behoerden ernannt.

Der Unternehmereinfluss ist weiter dadurch gesichert worden, dass die "Industriellen Organisationskomitees" das Recht erhielten, eine Anzahl Vertreter in die regionalen und nationalen SKs zu senden, die an allen Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Die nationalen SKs duerfen auch sachverstaendige Vertreter in die "Industriellen Organisationskomitees" senden; haeufig wird dieser Vertreter ein Unternehmer sein.

Diesen von den Unternehmern massgebend beeinflussten SKs ist das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften zugewiesen worden. Sie befassen sich vor allem mit Lohn- und Tarifvertragsfragen - die Entscheidung liegt allerdings in den Haenden des neuen staatlichen Lohnamts - mit Fragen der Berufsausbildung, des Arbeitsschutzes, der Arbeitsbeschaffung, der Unterstuetzungs- und Pensionskassen und der Freizeitgestaltung. Nur mit den SKs verhandeln die Behoerden.

Die SKs sollen die ihnen uebertragenen Aufgaben durch Ausschuesse bearbeiten lassen, die moeglichst aus Mitgliedern der Leitungen der verschiedenen Syndikatsorganisationen bestehen sollen. In keinem dieser Ausschuesse sind Arbeiter unter sich, stets muessen in ihnen Unternehmer, leitendes Personal und Arbeiter und Angestellte vertreten sein. Waehrend die Arbeitersyndikate nicht direkt mit den Unternehmersyndikaten verhandeln duerfen, duerfen die mehrfach gesiebten Vertreter der Arbeitersyndikate im SK mit den Unternehmervvertretern im SK ueber spezielle Arbeiterfragen ohne Hinzuziehung anderer Gruppen beraten.

Vichys Ideal ist die Nazi-Arbeitsfront - Am liebsten haette die Vichy-Reaktion nicht einmal Syndikate zugelassen und, nach dem Vorbild der Nazi-Arbeitsfront, auch oertlich, regional und national nur noch gelbe Berufsverbaende zugelassen. Die Stimmung der Arbeiter liess es ihr geraten erscheinen, vorsichtig vorzugehen. Die Charte ermuntert daher zu naechst nur die Bildung gelber "Gemischter Berufsorganisationen", in denen Unternehmer, Arbeiter und Angestellte zusammengefasst sind. Diesen gelben Organisationen sind die Betriebsgruppen und ueberberuflichen Zusammenschlusse erlaubt, die den Syndikaten nicht zugestanden wurden. Wenn moeglich sollen die "Gem. BO" auch die Scheinvertretungen der SK ueberfluessig machen. Sie bilden zu naechst eine autonome Sektion der oertlichen, regionalen und nationalen SKs und sobald sie in einem Beruf die Haelfte der Berufszugehoerigen erfasst haben, treten sie an die Stelle der SKs; die noch nicht gelb organisierten Berufsangehoerigen werden dann, in Syndikaten organisiert, als besondere Gruppe angeschlossen. Damit ganz deutlich wird, dass die Vichy-Reaktion mit diesen "Gem. BO" die Syndikate verdraengen will, bestimmt die Charte: Mitglieder der "Gem. BO" duerfen keinen Syndikaten anghoeren.

III

Erfolg der Unternehmer

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass das von der Charte vorgesehene System der drei sich ueberschneidenden Organisationen bald arbeitsfaehig sein wird. Vichy hat inzwischen eingesehen, dass die vorgesehenen Organisationsnetze nicht nur nicht fuer Beamte und Personal im oeffentlichen Dienst sondern auch fuer Transportarbeiter nicht funktionieren wuerden. Fuer diese Arbeitergruppen gilt daher die Charte nicht, fuer sie soll spaeter ein Sondergesetz veroeffentlicht werden. Fuer jeden der anderen Berufszweige hat Vichy besondere "Provisorische Organisationskomitees" vorgesehen, die die komplizierten Uebergangsmassnahmen ausarbeiten sollen, und einen "Hohen Rat der Arbeitscharte", der wiederum die Massnahmen der "Provisorischen Organisationskomitees" koordinieren soll. Das wird einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die Unternehmer aber haben sofort wesentliche Vorteile zu verzeichnen:

Mit Inkrafttreten der Charte am 1. Januar 1942 sind alle Gewerkschaften entmachtet, sie muessen sich solange auf "reine Verwaltungstaetigkeit" beschraenken, bis ihre Mitglieder in die Syndikate ueberfuehrt werden koennen, die in den Betrieben ueberhaupt nichts, und ausserhalb der Betriebe fast nichts zu sagen haben.

Streiks und Aussperrungen sind verboten und mit Strafe bedroht, aber das Verbot trifft fast nur die Arbeiter, denn Aussperrungen lassen sich heute leicht als durch Rohstoffmangel bedingte Betriebseinschraenkung aufziehen.

Die von den Unternehmern besonders gefuerchteten starken Departements-Kartelle der Gewerkschaften sind beseitigt. Fuer Syndikate sind keine ueberberuflichen Zusammenschluesse vorgesehen, sodass die schwachen Arbeitersyndikate der einzelnen Berufe isoliert bleiben. Aber den Unternehmern und den von Unternehmern kontrollierten neuen Organisationen sind ueberberufliche Zusammenschluesse erlaubt. Die Unternehmer behalten neben den "Provisorischen Industriellen Organisationskomitees" noch die ueberberuflichen Industrie- und Handelskammern. Ueberberuflicher Zusammenschluss ist sonst nur noch den gelben "Gemischten Berufsverbaenden" und den unter Unternehmerkontrolle stehenden SKs erlaubt. In jeder Region gibt es staendige "Ueberberufliche SKs"; die Regierung entscheidet, in welchen Orten staendige lokale ueberberufliche SKs gebildet werden sollen. - Den Arbeitern geben die gemeinschaftlichen Buerohauser der SKs die einzige legale Moeglichkeit ueberberuflichen Kontakts.

Ueber Loehne brauchen die Unternehmer nicht mehr mit freien Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Loehne werden vom staatlichen Lohnamt und vom zustaendigen nationalen SKs festgelegt.

Ueber Arbeitsstreitigkeiten entscheidet nicht, wie einst, ein Arbeitsgericht, dessen Beisitzer zur Haelfte aus Gewerkschaftsvertretern bestehen, sondern das Arbeitsgericht der Charte, in dem als Beisitzer nur ein Vertreter der Arbeiter oder Buerooangestellten sitzt, aber je ein Vertreter der Unternehmer und der leitenden Angestellten.

Gewerkschaften koennen Arbeiterinteressen u.U. recht nachdruuecklich verteidigen. Die Organisationen der Charte werden von Unternehmern kontrolliert und Vichys Polizei greift ein, wo die Unternehmerkontrolle versagt. Die Vichy-Diktatur ernennt zunaechst alle Vorstandsmitglieder aller Organisationen, sie hat in den nationalen SKs ueberdies noch einen staendigen Vertreter sitzen und die nationalen Syndikate muessen ihr regelmaessig Rechenschaft ablegen. Alle Organisationen, die die ihnen gestellten Aufgaben nicht erwartungsmuess erfuehlen, werden aufgeloeset, Leitung und Mitglieder werden bestraft.

Die Unternehmer koennen von der Charte nicht viel mehr verlangen.

IV

Frankreichs Arbeiter gegen Vichys Charte

Die Kader der freien, und christlichen Gewerkschaften haben einen zaehen Kampf gegen die Charte der Sozialreaktion gefuehrt. Auf dem Toulouser Kongress der freigewerkschaftlichen C.G.T. hatten 24 Landesverbaende und 28 Departemental-Unionen (am 20. Juli 1940) gegen die Bedrohung der Gewerkschaftsfreiheit protestiert. Eine Woche darauf forderte die Leitung der C.G.T. die christlichen Gewerkschaften zum gemeinsamen Kampf fuer Gewerkschaftsfreiheit auf. Die christlichen Gewerkschaften nahmen an. Als Belin seinen ersten Entwurf der Charte abgeschlossen hatte, antworteten freie und christliche Gewerkschafter mit dem seitdem weit verbreiteten "Rundbrief der 12" (vom 15. November 1940). Am 6. Juni 1941 wandten sich 21 freigewerkschaftliche Landesverbaende auf einer Konferenz scharf gegen die Bedrohung der Gewerkschaftsfreiheit durch Vichy und vor allem gegen den Plan, die Arbeiter in gelbe Organisationen zu pressen. Am 22. Juni schloss sich die Lyoner Konferenz der christlichen Gewerkschaften diesem Protest an. Rundbriefe forderten die Gewerkschafter zum Widerstand auf. Anhaenger Belins versicherten am 18. Oktober in einem Zirkular, dass diese Proteste unnoetig seien, da die Charte die Fortexistenz der Gewerkschaften ermoeegliche und sogar einen regionalen Zusammenschluss der Arbeiterverbaende aller Berufe vorsehe. Eine Woche darauf wurde die Charte veroeffentlicht: alle Gewerkschaften wurden aufgeloeset, nur noch einflusslose Syndikate sind gestattet, alle ueberberuflichen Zusammenschluesse der Arbeiter sind verboten. Die Enttaeuschung der Anhaenger Belins war gross. Selbst die Wochenschrift "Au Travail", das Sprachrohr Belins, schrieb in einem Interview mit Pétain von ihrer Furcht vor einer reaktionaeeren Entwicklung. Keine der von Vichy nahestehenden Gewerkschaftssekretaeeren einberufenen Konferenzen bekannte sich zur Charte und Pétain musste sich in seiner Neujahrsrede "besonders ueber die Funktionaeere der alten Gewerkschaften beklagen, die versuchen, die Arbeitscharte zu sabotieren".

Unmittelbar nach Veroeffentlichung der Charte tauchte in Suedfrankreich ein Rundbrief freier Gewerkschafter auf, die leidenschaftlich gegen die Entrechtung der Arbeiter Frankreichs protestieren. Der Rundbrief wandert seitdem durch die Betriebe Frankreichs. Wir geben ihn, unwesentlich gekuerzt, als Bild der Stimmung entschlossener Gruppen der franzoesischen Arbeiterschaft wieder:

"Manifest

Gewerkschaftsfunktionaeere gegen die neue Arbeitscharte

Die Gewerkschaftsbewegung kann nur frei und in einem freien Lande existieren... Die Gewerkschaft weigert sich, sich politischen Parteien zu unterwerfen und ein Instrument der Staatsmacht zu sein; erst recht beugt sie sich nicht fremdem Joch...

Die Kommission, die von der Staatsgewalt selbstherrlich eingesetzt wurde, um die neue Arbeitscharte zu entwerfen, hat... vergeblich gearbeitet. Ihr Werk ist von der ueberwaeltigenden Mehrheit der Arbeiter aller Weltanschauungen von vornherein verurteilt worden. Nur in Freiheit gibt es Zusammenarbeit. Eine Einheitsfront der Arbeiter hat sich gegen diesen Versuch der Versklavung der Arbeiterbewegung gebildet.

Die Arbeiterschaft Frankreichs ist von ihren derzeitigen Herren zum Schweigen verdammt.

Aber das ist kein Sichabfinden mit der Sklaverei, in die man sie nach dem Vorbild und auf Befehl der totalitären Staaten stossen will.

Gewalt und Unterdrueckung im Dienste angemessener Macht koennen zeitweilig ein derartiges Regime der Vergewaltigung des Gewissens und der Verletzung der Menschenwuerde ermoeglichen; dieses Regime wird sich nicht halten koennen, denn im Herzen jedes Arbeiter lebt der Geist der freien Gewerkschaftsbewegung.

Stumm, weil das Wort geknebelt ist, wartet die Arbeiterschaft, einig im Widerstand gegen Unterdrueckung, auf den Tag der Vergeltung, der die Stunde der Befreiung Frankreichs sein wird.

Dieser Tag wird kommen, wie er immer gekommen ist, wenn einheimische oder fremde Kraefte der Knechtung sich unser Land der Freiheit unterwerfen wollten.

Damit diese Stunde rascher kommt, tut die Arbeiterschaft, vereint im freien Gedanken, das Ihre im stummen, zaeuen und wirksamen Kampf der ueberwaeltigenden Mehrheit der Franzosen gegen die Gewaltherrscher (Vichy) und gegen die Eindringlinge...

Die Arbeiterklasse weiss nur zu gut, dass alle ihre Freiheiten, zugleich mit den franzoesischen Freiheiten, nur dann wieder erstehen werden, wenn der Feind aus dem Lande gejagt sein wird."

Um die ueber die Charte der Arbeiterversklavung empoerten Arbeiter Frankreichs einzuschuechtern, liess Vichy drei Tage vor Inkrafttreten der Charte Léon Jouhaux, den langjaehrigen Generalsekretaer der C.G.T. verhaften.

(Fuer die Red.: Die Uebersicht stuetzt sich auf den offiziellen Text und die Kommentare René Guerdans vom Arbeitsministerium Vichys. - Belins Rede: "L'Effort", 13.XI.40.; "Dokument der 12": "Faschismus", 14.IV.41.)

Not und Widerstand in Spanien

(ITF) In Spanien herrscht bitterste Not. "Die Preise sind so hoch, dass die noetigsten Waren fuer den kleinen Mann sogar dann unerreichbar sind, wenn die Laeden welche haben", schreibt der Lissaboner Korrespondent des "Christian Science Monitor". "Arbeiter in Bilbao verdienen pro Tag 12 - 14 Peseten, aber im Schleichhandel kostet ein Quart (1 1/2 l) Oel 40 Ps. und ein Pfund Bohnen 6 Ps. In Gijon kostet Eier 12 Ps. das Dutzend. Weisses Mehl kostet 7 Ps. das Pfund und Kartoffeln pro Pfund 2 Ps. Ein Anzug kostet zwischen 250 und 600 Ps. und 1 Paar Schuhe 60 - 150 Ps..."

"Die Strassen der Staedte und die Bahnhoeefe sind voller Hungriger, die mit ausgestreckter Hand um etwas zum Essen bitten... Die (faschistische) Falange wird fuer die Politik, die Spanien diese Not brachte, verantwortlich gemacht, sie verliert ueberall im Land ihren Rueckhalt, sogar unter ihren fruueheren Anhaengern".

"In Asturien und in anderen abgelegenen und bergigen Distrikten Spaniens geht die offene Revolte weiter".

Die Falange versucht sich durch Terror zu halten. "Vor einigen Monaten wurden bei Gijon Bergarbeiter, die sich weigerten zu arbeiten, wenn ihre Familie nichts zu essen erhielt, erschossen."

Fuer die Falange und fuer die "blaue Legion der Russland-Kaempfer" wirbt man mit dem Versprechen, dass die Familie der Geworbenen Lebensmittel erhalten wird.

"Die Radio-Nachrichten aus London und Russland werden abgehoeert und ueberall diskutiert, selbst in Kreisen der Armee und der Requete". -

Radio Madrid meldet, dass am 15. Dezember auf einem oeffentlichen Platz in Madrid zwei Bauern, die einer Guerillagruppe angehoeerten, hingerichtet wurden.

(Fuer die Red.: "Christian Science Monitor", 11.X.; Radio Madrid, 20.XII.41.)

Alltagsterror in Spanien

(ITF) In Cenicientos wurden J. Rodriguez und A. Orensanz zu einer Geldstrafe von je 200 Peseten verurteilt, weil sie bei der Rede zur Feier des Gruendungstages der Falange nicht ruhig zugehoert hatten. In Brunete wurde A. Conzales "wegen unpatriotischen Verhaltens" mit der gleichen Geldstrafe belegt. In Fuenlabadro wurden G. de la Vieja, A. Eszolar und F. Herranz zu 200 Ps. Geldstrafe verurteilt, weil sie sich "auf provozierende Weise" geweigert hatten, am Sammeltag fuer die korrupte "Sozialhilfe" der Falange zu spenden.

Auch in Madrid werden die Sammlungen der "Sozialhilfe" abgelehnt. Jeder Erwachsene soll bei einer Strassensammlung fuer mindestens 30 centimos ein Abzeichen kaufen. Ohne dieses Abzeichen kann man am Sammeltag kein Postamt, kein Kino und kein Wirtshaus betreten. Madrid hat 1,5 Millionen Minwohner. Am ersten Sammeltag dieses Winters am 9.IX. kamen aber nur 73.600 Ps. zusammen, 7 statt 30 centimos pro Erwachsenen.

Bonzenwechsel in Italien

(ITF) Einen Monat nachdem in Spanien im Verlauf der "Saeuberung" der faschistischen Falange-Partei der "Arbeiterfuehrer" Salvador Merino aus der Falange ausgeschlossen wurde, setzte Mussolini den Sekretaer der italienischen faschistischen Partei, Ad. Serena, ab. Serena wurde durch Vidussoni, den Sekretaer der faschistischen Studentengruppen, ersetzt. Der 26jaehrige hat sich im spanischen Buergerkrieg im Kampf gegen die schlecht bewaffneten Regierungstruppen die goldene Tapferkeitsmedaille geholt.

Bedeutsamer ist die gleichzeitige Ernennung des Journalisten Carlo Ravasio zum 4. Vize-Sekretaer der faschistischen Partei. Ravasio gehoert zu der Gruppe der Faschisten, die glauben, dass der Faschismus sich nur halten koenne, wenn die Massen den Eindruck haben, dass er endlich im 20. Jahre seiner Herrschaft die Versprechen halten wird, um die er sich 19 Jahrenicht gekuemmert hat.

(Fuer die Red.: Radio Rom, 26.XII.41.; Capoferris Absetzung wurde am 27.X.40. verzeichnet.)

Die Gleichschaltung der tschechischen Gewerkschaften

lassenen Antigewerkschaftsgesetz

Gebrauch gemacht und die Organisation der tschechischen Gewerkschaften weiter der Deutschen Arbeitsfront angeglichen; die Prager Marionettenregierung hat alle der tschechischen "Einheitsgewerkschaft" angeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenverbaende aufgeloeset und ihre Mitglieder zwangsweise in einer Einheitsorganisation zusammengefasst. Die bisherigen Verwaltungsorgane der Landeszentrale wurden aufgeloeset und der Quisling Václav Stodés in seinem Amt als "Fuehrer" der "Einheitsgewerkschaft" bestaetigt.

Stodés kuendigte an, dass er ruecksichtslos alle der Nazi-Ordnung nicht rueckhaltlos ergebenden Gewerkschaftssekretaere entfernen werde. Eine Anzahl Gewerkschaftssekretaere haette sich nicht einwandfrei benommen.

(Fuer die Red.: Prager Zeitungen, 27.- 28.XII.41. Uebersichten ueber die bisherige Entwicklung brachten wir am 23. Juni und 10. Nov. 1941.)

Auslaendische Arbeiter in Deutschland unterernaehrt

diese Art hoffen sie, weitere Arbeiter anzulocken. Jetzt teilt die "Frankfurter Zeitung" in ihrer Jahresuebersicht mit, dass viele Arbeiter nur Geld heimsenden konnten, weil sie sich nicht satt essen - oder nicht satt essen duerfen. In durch die Zensurvorschriften bedingter zurueckhaltender Sprache schreibt das Blatt: "Der Drang dieser Arbeitskraefte zum Konsumverzicht wird von manchen deutschen Stellen fuer staerker gehalten als im Interesse einer maximalen Leistungsfahigkeit zu wuenschen waere..."

Hakenkreuz-Henker an der Arbeit

organisation wurden die Hollaender A.A. Bosschart, C. van der Vegte und M. Velleman hingerichtet. Van der Vegte war frueher einer der Unterdirektoren der Arbeiterspers, des gemeinsamen Verlagsunternehmens der hollaendischen freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Passiver Widerstand hilft gegen Nazi-Lohndruck

beginn zu Zwangsarbeit "dienstverpflichtete", eine Konzession nach der andern machte. Durch Langsamarbeiten haben diese Zwangsarbeiter erreicht, dass das Arbeitsministerium sich veralnasst sah, die Zusatzunterstuetzung zu verbessern, "um dem Dienstverpflichteten einen Anreiz zur Leistungssteigerung zu geben".

"Am Anfang, zu Kriegsbeginn, war es so, dass die Gewaehrung des Trennungszuschlags von 19 Mark woeentlich, die der Deckung der Mehrkosten des Verpflichteten fuer die getrennte Haushaltsfuehrung dient, ganz von der Hoehe des Arbeitseinkommens auf der neuen Arbeitsstelle abhaengt. Verdiente er hier mehr als vorher, so wurde der Trennungszuschlag entsprechend verringert oder er fiel ganz fort... Jedes Mehreinkommen wurde angerechnet, auch der Ertrag laengerer Arbeitszeit oder die Frucht intensiverer Arbeit, z.B. im Akkord. Damit waren fuer den Dienstverpflichteten natuerlich die Anreize zu Mehrarbeit und Leistungssteigerung sehr verringert". - In zensurfreier Sprache: es wurde langsam gearbeitet.

Die Diktatur gab nach: "Schon nach wenigen Wochen wurden die Ueberstundenentgelte, also die Zuschlaege, von der Anrechnung ausgenommen, nicht viel spaeter auch der ganze Lohn fuer die laengere Arbeitszeit und fuer intensivere Arbeitsleistung... Im 2. Kriegsjahr wurden schliesslich pauschal 2 Drittel des Mehreinkommens von der Anrechnung ausgeschlossen, seit dem Fruehjahr 1941 bleibt das ganze Mehreinkommen bei der Festsetzung des Trennungszuschlages ausser Betracht. Damit... hat der Drang nach Einkommenssteigerung durch Mehrarbeit und Leistungssteigerung wieder vollen Spielraum".

"Noch schwieriger lagen die Dinge urspruenglich bei der Sonderunterstuetzung. Sie kann den Dienstverpflichteten bis zur Hoehe der Differenz zwischen dem alten und dem neuen Einkommen gewaehrt werden, wenn der Unterhaltsbedarf durch das neue Einkommen nicht hinreichend gesichert ist". Mit Einkommenserhoehung wurde also die Unterstuetzung gekuerzt. Es liefen Klagen ein, "auch der Betriebsfuehrer, die alles Interesse an einer Steigerung der Arbeitsleistung haben mussten"; wieder gab die Diktatur nach: seit Mitte 1940 bleiben 2/3 der Einkommenserhoehung anrechnungsfrei.

Die paar Hunderttausend Dienstverpflichteten und die mehr als 1 Million ihnen arbeitsrechtlich "Gleichgestellten" hatten durch Langsamarbeiten viel erreicht. - Von den Unternehmern erwartet die Nazi-Diktatur aber, dass sie Arbeiterforderungen mit der Energie abweisen, die sie selbst nicht aufbrachte.

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Solidaritaet mit den Seeleuten

(ITF) Die Quisling-Behoerden in Oslo haben mitgeteilt, dass die Reeder den Familien der Seeleute, die auf freien norwegischen Schiffen fahren, nicht mehr einen Teil der Heuer auszahlen duerfen. Im freien norwegischen Rundfunk antwortete von London aus die norwegische Regierung mit folgender Erklaerung:

"Die norwegische Regierung wuenscht, dass den Familien der Seeleute der Ziehschein genau so ausgezahlt werden soll wie bisher... Die Betraege koennen in Zukunft als Vorschuss gegeben werden, nicht nur von Reedern sondern auch von anderen Institutionen oder Privatpersonen. Vorschuesse koennen bar oder als Kredit gegeben werden. Die norwegische Regierung garantiert dafuer, dass derartige Vorschuesse nach dem Krieg voll zurueckgezahlt werden.

Als Sicherheit dient ein Fonds in Dollars und Pfunden, in den die Seeleute entsprechende Teile ihrer Loehne einzahlen".

(Fuer die Red.: Sendung vom 5.XII.41. - Eine entsprechende Erklaerung der hollaendischen Regierung veroeffentlichten wir am 28.IV.41.)

Fortsetzung von S. 8.

(Fuer die Red.: Frankfurter Zeitung, 11.XII.41.)

Kartoffel-Missernte in Deutschland

(ITF) Die Kartoffel-Missernte im Jahre 1916, dem 3. Jahre des Krieges des Kaisers, hatte die Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches voellig zerruettet. Es ist daher kein Wunder, wenn die Nazi-Diktatur ueber die Kartoffel-Missernte im 2. Jahre ihres Krieges beunruhigt ist. Die Rationierung anderer Lebensmittel hat den Speisekartoffelverbrauch von 13 Millionen to (1938-39) auf 23 Millionen (1940-41) anschwellen lassen. Diese 10 Millionen to bedeuten ... zusaetzlichen Transportanfall fuer 666.000 15-Tonnenwagen und stellt die Reichsbahn vor ein fast unloesbares Problem, als unerwartet frueh, im Oktober schon, Frost einsetzte und Transport in offenen Wagen unmoeglich machte. Heizbare Personenwagen wurden aus dem Verkehr gezogen und zum Kartoffeltransport verwandt. Trotzdem erfroren beim Transport viele Kartoffeln. Die deutschen Zeitungen empfehlen, die erfrorenen Kartoffeln nicht den Schweinen zu geben, sondern vorsichtig zu kochen. Um Schaelverluste zu vermeiden, sollen Pellkartoffeln gegessen werden. Am 10.I. mussten alle Hausvorraete an Kartoffeln angemeldet werden. Man fuerchtet Kartoffelrationierung.

Zur Erleichterung der deutschen Kartoffelversorgung werden die besetzten Gebiete knapp gehalten. Von der 15-kg-Monatsration, die Belgiern zusteht, waren in Bruessel bis zum 15. XI. nur 2½ kg geliefert worden. Mitte Dezember waren in Bruessel ueberhaupt keine Kartoffeln erhaeltlich. In Budapest sind Kartoffeln so knapp, dass manche Haendler Kartoffeln nur abgeben, wenn gleichzeitig andere Waren, an denen sie mehr verdienen, gekauft werden. In Oslo gab es von Ende November bis Mitte Dezember ueberhaupt keine Kartoffeln. Anfang Dezember konnte die Reichsbahn auch Berlin nicht ausreichend mit Kartoffeln, Gemuese, Butter und Marmelade versorgen.

Die Propagandakompagnie im "Volkswagen"

(ITF) Als deutsche Werftarbeiter und Seeleute meldeten, dass die Schiffe der Kraft durch Freude-Organisation als Truppentransportereingerichtet wurden, nannte das Berlin eine Verleumdung der "Flotte des Friedens". Jetzt teilt der 8. Jahresbericht der K.d.F.-Organisation mit: "Die K.d.F.-Flotte, die schon seit Kriegsausbruch fuer Sonderaufgaben eingesetzt wurde, steht der Kriegsmarine zur Verfuegung".

Als in den Betrieben den Werbern fuer den "Volkswagen" geantwortet wurde, den Volkswagen sehen wir nie, der ist doch nur fuer den Krieg, traf die Arbeitsfront gegen die Fluesterpropaganda schaerfste Massnahmen. Jetzt berichtet K.d.F.: "Der K.d.F.-Wagen laeuft seit nun mehr fast 2 Jahren an allen Fronten als gelaendegaengiger P(ropaganda) K(ompagnie) W(agen) im militaerischen Einsatz".

In Riga wurde eine besondere Reparaturwerkstatt fuer den Volkswagen eingerichtet, das Aktienkapital des Volkswagenwerks wurde von 50 auf 150 Millionen Mark erhoehrt.

Es ist der Arbeitsfront aber nicht gelungen, die Volkswagenproduktion durch einfaeltige Sparer finanzieren zu lassen. Statt der erwarteten Millionen Sparer konnte die Arbeitsfront bis zum November 1941 nur 300.000 Sparszahler gewinnen.

(Fuer die Red.: "Berliner Boersenzeitung", 28.XI.41.)

Sabotage in Oesterreich

(ITF) Ein oesterreichischer Sozialist, der Wien am 19. Oktober 1941 verlassen hat, berichtet: In der ersten Oktoberwoche ist innerhalb von 2 Tagen die Fabrik von Brevillier & Urban in Floridsdorf, die jetzt Autoreparaturen durchfuehrt, abgebrannt, wobei viele Hundert Autos zerstoert wurden. In einer Petroleumraffinerie in Leopoldau wurden Tanks angebohrt, sie liefen aus. Ein Militaerlager in Deutsch-Wagram brannte ab.

(Fuer die Red.: "London Information of the Austrian Socialists in Great Britain".)